

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

259 (14.11.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich 30 Pf. An der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher
Nr. 525.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Fernsprecher
Nr. 525.

Anzeigen: Die sechsseitige Zeitung oder deren Raum 25 Pf. Anzeigen 60 Pf. Postanzeigen billiger. Bei älterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Director.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Beilage: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Berantwortlich für Anzeigen und Reklame: Hermann Wahler in Karlsruhe.

Vor der eigenen Tür!

Die „Badische Landeszeitung“ bringt in Nr. 523 vom letzten Freitag abend eine Kritikstaferei über die Einladung zum Parteitag des Zentrums. Vor allem nimmt sie Antioch davon, daß der Delegiertentag, dem um einen solchen handelt es sich, nur drei Stunden dauern solle. Allein wo steht denn das? Die „Landeszeitung“ konstatiert es sich eben zusammen. Sie dichtet einfach die Blüte geben bald nach 5 Uhr, also! Es geben schon nach 3 Uhr, wahrscheinlich sogar noch früher Blüte! Soleane Mitgesen mit Champagner, Bankett und derartig schöne Sachen kennt das Zentrum bei seinen Beamtungen allerdings nicht. Weiter braucht man im Zentrum auch nicht 9 Stunden und mehr wie im Kassel, um — keine — Resolution fertig zu bringen. Wer so im Parteiteland sitzt, wie die Nationalliberalen in Kassel, aber nicht bloß dort, der sollte sein still sein. Weiter weiß der Kritikator, daß es in Offenburg so wie wie keine „freie Ausprache“ geben wird. Bei den Nationalliberalen gibt es allerdings eine solche. Einem Führer um den anderen sah man vom Steuerzettel des jüngsten Parteitags verschwinden, nicht zuletzt wegen der freien Ausprache. In Nr. 447 des Jahres 1908 kann die „Landeszeitung“ in ihren eigenen Spalten Folgendes lesen:

„Ein Parteiführer ist aus den Reihen der Gegner und nicht zuletzt auch aus den eigenen Reihen allen möglichen Vorwürfen ausgesetzt. Auch Herr Dr. Bins hat dies erfahren müssen. Den Angriffen der Gegner gegenüber war er durch das Gewussein gewappnet, daß er als treuer liberaler Mann seine Person für seine Neuerung rücksichtlos einsetze. Das ist eigentlich selbstverständlich verständig, oder leider in unseren Tagen verständlich werden, oder leider in unseren Tagen verständlich werden. Und wenn die Nörger im eigenen Lager einmal nur wenige Tage mit dem dornenbesetzten Parteiführer beladen worden wären, so hätten sie gewißlich eingesehen, daß sie an Dr. Bins gerade den Mann hätten, den die Zeitschriften brauchten, so doch verfeindete Strömungen in der Partei zu mildern, zu vermittelnden und auszugleichen, die Röhigkeit dazu war, keinen in der Partei zu geben, wie Dr. Bins, und den Gegnern der Partei ist Dr. Bins ganz erfüllt von den großen Traditionen des badischen Liberalismus, lebt mit Mut und Energie deponiert. Der um sein Vaterland verdiente Politiker erfreut sich glücklicherweise noch vollster Rücksicht. Daher ist die Hoffnung nicht unterdrückt, daß er, wenn die Partei seines befreundeten Rates und auch seiner Taftraft noch einmal beurteilt würde, nicht zögern wird, um unseres eingerungen Heimatlandes willen, dessen Wohl er treu gedenkt hat sein Leben lang.“

„Alle möglichen Vorwürfe“, „Nörger im eigenen Lager“, dornenbesetztes Amt eines Parteiführers“, „verschiedene Strömungen und Gegenströmungen“, „Wo solche Zustände herrschen, da mag man wohl eilige Tage brauchen, bis dem Bedürfnis nach einer freien Ausprache“ genügt ist.

Dr. Bins hatte soll und genug. Dr. Obföhrer kam. In einer Rede zu Karlsruhe hatte er schon 1906 nach der „Bad. Presse“ (Nr. 264, 9. Juni) folgendermaßen gesprochen:

„Ich möchte aber in dieser Versammlung auch noch als Abgeordneter zugleich auch für meine Fraktionsschwestern sprechen. In den letzten Jahren sind wir ja immer mehr davon abgekommen, vor unsere Wünsche und Arbeit in den Landtag und in den Kommissionen Dant und Anerkennung von unseren Wählern zu erhalten, man wird aber seines Amtes müde, wenn man, wie dies jetzt der Fall ist, aus den eigenen Reihen einen Kübel voll Wasser um den anderen über den Kopf schüttet und man sich nicht einmal die Mühe gibt, die Gründe, die den Abgeordneten an seiner Aufsicht bewegen, zu prüfen.“

„Eine solche Weise verleidet sie einem das Amt und sie können sich die Abgeordneten und Kandidaten jucken, die fünfzig das schwere Amt übernehmen wollen. So meine, ich sollte einen Platz bleiben in der Gesamtrichtung.“

„Ein Kübel voll Wasser um den anderen über den Kopf.“ „Kein Dank und keine Anerkennung von unsern Wählern“ freilich wollte Verhältnisse in einer Partei herrschen, da fordert die freie Ausprache“ wohl eilige Tage.

Im Jahr 1907 schrieb Dr. Lange in der „Deutschen Zeitung“ Nr. 147 von einem „Chaos von politischem Unverständ und erbarmungswürdiger Schwäche“. Er meinte die badischen Nationalliberalen. Hatte er Unrecht? Da hilft auch eine noch „freie Ausprache“ nicht.

Im Mai 1905 war sich der Parteichef der Nationalliberalen die Männerkrust und beteuerte, daß monarchische Gewissen verbiete es ihm und seiner Partei, mit der Revolutionspartei zu paktieren. Im Oktober folgte er zwei Mal nach Mainzheim, um dort Hilfe bei den roten Maid zu betteln. Bis die Dreiecksherrschaft um 180 Grad gedreht war, da war sicher eine längere „freie Ausprache“ notwendig!

Die „Landeszeitung“ hält, „der Wahlmarschall habe die Parole aus und die Unterführer und Militärs bestätigen demonstrativ ihren Empfang“. So sei man bald fertig. Was die „Landeszeitung“ doch ein eigenes Ding ist. Jetzt geht sie sogar unter die Hosen und weissagt, was am nächsten Mittwoch in Offenburg passieren wird. Viel näher gelegen wäre

Parteitag der Nationalliberalen Badens.

Karlsruhe, 13. Nov. Gestern und heute fand dahier der Parteitag der natl. Partei Badens statt. Gestern nachmittag tagte eine Sitzung des Egerer Ausschusses. Dabei kam zunächst die Anfrage der Konserabanten an die natl. Partei zwecks Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien zur Sprache. Es wurde erklärt, daß von einem Zusammensehen mit Zentrum und Konserabanten keine Rede sein könne. Weiter kam der Haller Arnsberger zur Besprechung. Zum neuen Parteichef wurde einstimmig der Abg. Remann gewählt.

Dr. Stremann hielt der Reichstagsabgeordnete die Hauprede. Er verwies auf die Bedeutung der natl. Partei als Mittelpartei. Diejenige vereinigte wertvolle Kräfte und habe monatelang Aufgaben auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu erfüllen, während sich die Länder mit katholischer Glaubenseinheit frei machten von den Übergriffen religiöser Mächte und den Ansprüchen auf Staatshoheit, habe der Ultramontanismus bei uns eine besondere Machstellung erlangt.

Redner sprach ferner von dem alten geschichtlichen Kampf mit Rom. Es gebe laufende Kämpfe mit Katholiken, die sich losringen möchten von Rom, um eine deutsche katholische Weltanschauung zu gründen.

Stremann wies dann den Vorwurf zurück, als ob die Nationalliberalen intolerant und unzuverlässig seien. Sie seien weit entfernt von konfessioneller Unzuverlässigkeit. Evangelische und Katholische sollten

sich in Deutschland die Hände reichen und sagen: wir zusammen bilden das Reich.

Wir wollen diese Vereinigung, aber der Ultramontanismus will die konfessionelle Spaltung, trotzdem nicht. Es werden am Mittwoch nach Offenburg kommen „Pfarrer und Kaplan“, „Mehrner und Stiftungskräfte“.

Diese werden unter der Kirchenfahne gesammelt und dann auf die Zentrumsfahne vereidigt“ Entsetzlich! Und doch das ärgerlich weist sie nicht einmal noch die „Landeszeitung“ aus. Für den Dienstag Abend sind rund 300 Zeugen bestellt. Das weitere kann sich jedermann denken.

Was nun die Herren Geistlichen, Mehrner und Stiftungskräfte angeht, so haben diese gerade so das Recht, sich politisch zu betätigen, wie die Herren Oberhauptleute, Kaufmänner, Beamte und Lehrer. Hätten wir zu wählen zwischen „Kirchenfahne“ und „Schurzelfahne“, so würden wir die Kirchenfahne dem Schurzelfahnen vorgezogen und hätten wir abermals zu wählen zwischen dem Kreuz, der Kirchenfahne und roten Fahne der Revolution, so würden wir dem Kreuz folgen. Die badischen Nationalliberalen können es nicht leugnen, daß weit weit Meilen ihrer Gruppen zur roten Fahne abmarschiert sind und noch abmarschieren; sie kann es nicht leugnen, daß sie unter der Diktatur der Sozialdemokratie steht. Dr. Kraut heißt der Bündelschöpfer! Daher begreift sich auch der anstürmende Hoh, wie er aus den höhnischen Vermerkungen über Kirchenfahne, Mehrner und Stiftungskräfte spricht.

Um dieses hohes Fest, verlogene Gehöft wirtungsvoller zu machen, wird verschwiegen, was der „Landeszeitung“ zu sagen nahe liegen wäre, daß alle Zentrumsländer besonders eingeladen sind.

Erinnert sich vielleicht die „Landeszeitung“, noch, wie lange die nationalliberalen Prese bitten und bettelte um zu gehen, bis sie auch nur zum Schlüsselloch hineinschauen durfte, um zu sehen, wo ihre Parteidötter saßen! Vielleicht liest die „Landeszeitung“ den Bericht über den jungen Liberalen Parteitag von Heidelberg vom Freitagabend 1907 nach. Das ist erzählt (Heidelberger Blg. Nr. 9311) von „einer langen lebhaften Debatte“, in der man zwei nationalliberalen Redakteuren entsetzlich den Kopf geworfen hat! Diese Prozedur nahm man auf dem Laibach Parteitag abermals an einem nationalliberalen Gedankt vor.

Raum ließ man aber eilige von der nationalliberalen Parteipresse durch das Schlüsselloch gucken, da mußte der Parteidort wunderland wunderbare Entdeckungen von Disziplin konstatieren und das Schlüsselloch wieder zuschließen! Also bitte vor der eigenen Tür!

Damit aber die „Landeszeitung“ sich doch etwas beschäftigt, wollen wir ihr verraten, daß dem Delegiertentag verschiedenes schon vorausging und anderes noch vorausgeht wird. Was dem Delegiertentag folgt, das hat sie aus den Freiburger Blättern bereits erleben: Am Mittwoch vormittag Sitzung des Zentralvorstandes natürlich nach Ankunft der Blüte und nachmittags Delegiertentag und am Sonntag große Parteiveranstaltung in Freiburg. Einsteigen macht man es im Zentrum, so wie man es gut findet und zwar im Punkt Versammlung wie Organisation; dabei draucht die „Lobsig.“ nicht gerade alles zu wissen. Damit Punktum!

Die politische Lage.

Zweijahrsbericht Remann führt aus: Zwei Jahre sind verflossen, seit der damalige neue Parteichef Freund Obföhrer uns in Mosbach die Richtlinien vorgezeichnet hat, nach denen die Partei ihre Arbeit einzurichten hat. Zunächst hat eine Reihe Ereignisse uns zu denken gegeben, Ereignisse verpolitischer und sachlicher Art. Zunächst haben wir den Schmerz zu überwinden, daß unser Freunde und Obföhrer seine Stelle als Vorsitzender der Partei niedergelegt hat. Es ist dies ein schmerzlicher Verlust. Wir trösten uns aber damit, daß er in voller Kraft und voller Überzeugung an seiner Stelle ist. Der Augenblick ist gegeben, ihm zu danken für das, was er der Partei gelebt und für die große Arbeit, die er geleistet hat. Er war ein Führer, eine Leuchte voran bei unserer politischen Arbeit. Zudem, der mit seiner Kraft, mit der ganzen Persönlichkeit, mit seiner inneren Wehrhaftigkeit und Lauterkeit vorangegangen ist, der unser politisches Leben geädert hat, wie es selten gesehen ist, dem Manne danken wir für das, was er uns gegeben ist. (Beifall.)

Der Engere Ausschuß hat ihn und seine beiden Vorgänger Bins und Wildens einstimmig zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Das ist die Partei hier, von der wir von rechts und links Leichenreden genug haben hören können. Hunderte und Hunderte von Blüten sind heute auf uns gerichtet, um zu erfahren, was wir beschlossen.

Die Partei wird wieder an ihre Stelle kommen, wie sie gestanden hat, wenn wieder sorgsame Seiten hereinbrechen sollen. Dann kann nichts dem Volke aufschelen als die Liebe zum Vaterland, als der Hing zur Freiheit.

Nun haben wir die Arbeit eines Landtags hinter uns. Die Wahlen haben uns in verminderter Zahl ins Rondell gebracht, und mit brennenden Herzen konnte mancher der Zeit entgegen, da wir dort wieder über die Gedichte des Landes beraten sollten. Was in unseren Städten gestanden hat, haben wir getan. Es hat sich die Situation ergeben, daß wir im Großblock das ausgeführt haben, was die Mehrheit des badischen Volkes als Willen befindet hat. Der Wille ging dahin, daß ein Damnu aufgerichtet werden soll gegen die Herrschaft des Zentrums. Das ist schon 4 Jahre früher getan, es hat sich aber nicht zur vollen Klarheit herausgearbeitet. Zur diesen Landtag sind wir nach und nach, zuletzt im vollen Bewußtsein, auch im Bewußtsein aller Folgen in diese Politik eingetreten und haben darnach gehandelt. Man hat dem Landtag

borausgesagt, er werde positive Arbeit nicht leisten können; es hat sich aber gezeigt, daß eine arbeitsfreudige Mehrheit da war. Auch die Regierung hat gefragt, wie es möglich sein sollte, daß die nationalliberalen Partei mit der Sozialdemokratie dieses und jenes Geist fertig bringen sollte. Der Landtag hat größere Freiheit als in Deutschland.

Wir geben für die Hoffnung nicht auf, daß die alte Einheit im Sinne des Liberalismus wieder hergestellt wird. Eine schwarze Welle kommt leider von Süden her, ich möchte auf Bayern verweisen, wo das Zentrum herrscht. Es ist Pflicht, daß wir uns gerade in einer solchen Zeit zusammenfinden.

Abg. Remann brachte ein Hoch auf Kaiser und Großherzog aus, der Abg. Möhlau gab dem Abg. Obföhrer eine feierliche Ansprache.

Im kleinen Festhalle-Saal fand heute vormittag die eigentliche Landesversammlung

unter dem Vorj. Obföhrer statt. Die Versammlung sollte laut Einladung eine imposante Massenversammlung werden, weshalb auch die Parteidreunde aus der Umgebung eingeladen waren.

Eine Massenversammlung war es nun gerade nicht; den Saal wies bedenkliche Rüden auf.

Dr. Obföhrer verwies auf die mühliche politischen Verhältnisse im Reiche, die dringend der Abhilfe bedürfen. Die Parteidreie seien dazu bestimmt, dem Liberalismus wieder zu seiner früheren Bedeutung zu verhelfen, doch dürfe dabei der nationale Liberalismus nicht aufgehen. Der Vorsteher erwähnte schließlich den Heimgang um die politische Situation und die darausfolgenden Schritte auf nationalliberaler Seite. Zu Peinlimus liege kein Grund vor, wenn auch die nationalliberalen Parteien nach der Zahl ihrer Mandate nicht mehr die Bedeutung habe wie früher. Gleichwohl ist bisher jeder Staatsmann davor zurückgeschreckt, die äußeren Verhältnisse nicht günstig gegenüberzustehen. Das Volk hat in weiten Schichten mit schweren Sorgen zu kämpfen: Kriegs-, Ueberbevölkerungen, Not der Börger. Er begrüßt mit lebhafter Freude die Definition der Grenze zur Linderung der Fleischnot. Die badische Großblockpolitik ist im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden in

Magdeburg und Kassel.

Hier wie dort sind die Gegenseite aufeinander gestoßen. Aber welch ein Unterschied! In Magdeburg sind die Genossen auseinander gegangen im größten inneren Unfrieden, der heute noch aufsteckt in leidenschaftlichem Hoh von Genossen gegen Genossen, und mit der „Vorwärts“ und die „Leitz. Volkszg.“ sich über Stolz und Frank geäußert haben, das geht fast über das hinaus, was menschliches Empfinden als erträglich ansetzt und das ist die Partei, die ja gern spielt mit dem Wort: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Wir haben auch Mann an Mann, Aug' in Aug' den Kampf geführt, aber in viel weiteren Kreisen als der Bündel. Gleichwohl ist dieser Hoh gegen Genossen gegen Genossen, und mit der „Vorwärts“ und die „Leitz. Volkszg.“ sich über Stolz und Frank geäußert haben, das geht fast über das hinaus, was menschliches Empfinden als erträglich ansetzt und das ist die Partei, die ja gern spielt mit dem Wort: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Wir haben auch Mann an Mann an der Meinung, sondern auch in dem, was Wassermann gesagt dem Weg, den er gezeigt, dem wir alle zugestimmt haben, sind wir mit einem gewaltigen Gewinn an innerer Kraft von diesem Tag weggegangen. Und wenn nun auch, es ist mir erst gestern ein Blatt zu Händen gekommen, in dem in einer nicht weiter zu beschreibenden Weise an der Arbeit unseres Parteichefs Wassermann Kritik geübt worden ist, so muß man das in dem Gedanken hinnehmen, daß es in jeder großen Partei Mistkünften gibt, die es nicht lassen können, ihren Unrat abzulegen, wo sie dafür noch einen Platz finden.

Nun stehen wir vor der Frage: Wohin soll jetzt unser Weg gehen?

Das Hauptinteresse wird sich diesmal nicht auf die Fragen der Landespolitik zu legen haben; es ist die Reichstagswahl 1911, die schon bei allen Parteien den Kopf in die Höhe streckt. Unter uns ist das Geschäft ganz allgemein, daß so, wie es bisher gegangen ist, nicht mehr weiter gehen kann. Darum erwarten alle Parteien eineklärung von dem, was die nächsten Reichstagswahlen bringen sollen. Was wir zu tun haben, ist uns in Kassel mit aller Deutlichkeit gezeigt worden.

Zich meine, auch wir können für uns in Kassel die Richtlinien, die dort Wassermann gegeben, gern, gütig und in vollem Umfang zu den unserigen machen. Er hat dort den Grundsatz aufgestellt: Kampf gegen die Sozialdemokratie, Kampf gegen den Zentrum, Kampf aber auch gegen die Konervative, möglichstes Zusammengehen mit der Linken. Er hat damit die Parole, die ausgegeben werden ist vom Konservativen, die

Parole der Sammlungspolitik.

Zurückgewiesen. Wie kommt man dazu, die Sammlungspolitik uns zu empfehlen? Wir haben nach dem Scheitern des Bülow-Blocks die sog. Reichsfinanzreform über uns ergehen lassen müssen und es ist heute kein Zweifel mehr darüber, daß dieses Werk durchaus mißglückt ist, weil ihm der Tropfen des Deutes fehlt, weil ihm der Sinn der sozialen Gerechtigkeit abgeht. Er hat sich im deutschen Volk ein großer Zorn über diese Tat angehäuft, und diese Unzufriedenheit ist zum Ausdruck gekommen bei den Nachwahlen. Der sozialdemokratische Stimmzettel hat seine Grundfarben geändert, er ist nicht mehr

Das Bekennnis einer Weltanschauung, sondern das Bekennnis innerer Unzufriedenheit geworden. Es sind Zeichen dafür, daß es im deutschen Volke grollt. Darum ist es den Vätern dieses Geistes lange geworden; sie wollen Hilfe, um die Folgen dieser Politik abzuwenden. Darum die Sammlungspolitik! Wir sollen die Folgen dieser Reichsfinanzreform tragen. Das wollen wir nicht und das tun wir nicht. (Beifall) Bassermann hat in Kassel gesagt, die Sammlungspolitik ist mit lächerlichem Achselzucken abgetan worden.

Und nun kommt

die Groß, badische Regierung und meint, daß für die nächsten Reichstagswahlen das Zusammensein der bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfohlen werden soll. Das hat für uns in Baden einen besonderen Beigefüllte. Was heißt Sammlung aller bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie? Das heißt, wenn man es wörtlich nimmt, daß wir mit den Linksliberalen, mit den Konservativen, mit dem Zentrum zusammengehen sollen. Man darf das nur aufzählen und wir sehen, daß es wider unsere Natur ist. Wir können das nicht machen, auch nicht auf den wohlmeintenden Rat der Groß, bad. Regierung. (Heiterkeit) Es heißt die Natur unserer Partei verlängern, wollten wir ein Zusammensein mit dem Zentrum empfehlen. Die Lebensluft, in der wir aufgewachsen sind, daß wir heute noch atmen, macht es uns unmöglich. Ich brauche nicht die Entwicklung der ganzen badischen Politik zu ergründen, wenn wir bedenken, worum es sich gedreht in den Kämpfen gegen das Zentrum, so können wir nicht davon ablassen. Und wenn nun

auch die Konservativen mit in Frage kommen, so müssen wir bedenken, daß wir lange Jahre mit ihnen im Reichstag gearbeitet haben. Die heutige konservative Partei ist aber nicht mehr dasjenige, was sie noch vor 10 und 20 Jahren war; in ihr führt nicht mehr der Konservative, sondern der Bündler den Taktlos. Bei uns in Baden kommt noch anderes dazu, daß sie sich so eng und unauslöslich mit dem Zentrum zusammengesetzt hat. Solange sich die konservative Partei in dieser engen Verbindung mit dem Zentrum befindet, solange kann von einem Zusammensein nicht die Rede sein. (Lebhafte Beifall.) Das sagt nicht, daß dieses Zusammensein auf einige Zeiten nun beobachtet wird. Wir haben es früher getan mit gutem Gewissen. Wir sehen, daß andere Parteien ganz ähnlich gehandelt haben. Redner verweist auf die Demokraten. Wenn diese ganze Versammlung bestimmen wollte, wir wollen mit dem Zentrum zusammengesetzt, so wäre das ein Verlust, den man nur vor die Wähler zu bringen braucht, um sein Schicksal zu erfahren. Sie werden einfach glattweg die Heeresfolge verweigeren und ich meine, unsere Partei hätte dann einen schweren, unheilsamen Ruhm im Innern zu verzeihen. Wir sind aber nicht dazu da, diese Sammlungspolitik wäre für uns Selbstmord und würde nur dazu dienen, dem Zentrum und den Konservativen die Stellung zu festigen, die sie heute wider unser gutes Recht (?) und wider unsere Überzeugung im Reiche bejähnen.

Nun hat in den letzten Tagen der Vorstand der konservativen Partei Badens sich an uns gewandt und schickt uns einen Brief, worin er schreibt: Die konservative Partei bezeichnet ein Zusammensein mit den anderen bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Deshalb erlauben wir uns, an die nationalliberale Partei die Anfrage zu richten, ob und unter welchen Umständen sie hiezu bereit wäre. Da in diesem Brief nicht volle Klarheit geschaffen war, ob dabei auch die Zentrumpartei eingeschlossen sei, ob ein gleicher Brief an die fortschrittliche Volkspartei ergangen sei. Wir fragten darum an und darauf ist die Antwort erbracht worden, man habe an das Zentrum den gleichen Vorschlag gemacht und man werde auch an die andere Partei herantreten, wenn die Verhandlungen mit den andern großen Parteien abgeschlossen seien. (Heiterkeit) Nun haben wir in der geprägten Sitzung des Engeren Ausschusses ausführlich diesen Vorschlag beraten und ich kann Ihnen mitteilen, daß wir zu vollständig einmütigem Beifall gelangt sind. Der Beschuß geht dahin,

der konservativen Partei zu schreiben, daß von der nationalliberalen Partei Badens bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die sozialdemokratische Partei bekämpft werden wird, aber auch das Zentrum und daß wir daher nicht in der Lage sind, ein Zusammensein von Parteien mitzumachen, wobei das Zentrum beteiligt ist. (Lebhafte Beifall.)

Theater und Kunst.

Groß, Hoftheater. In Puzzinis "La Bohème" stellte sich der Erzählmann des Herrn Jadlowker, Herr Otto Wolf von der Oper in München dem kleinen Publikum vor. Man kann mit solchen Erfolgen vollaus zufrieden sein. Sein Tenor ist von reinem lyrischem Timbre, die Stimme hat einen weichen Schmelz, eine makellose Höhe, die Töne sind feinfühlend belebt, der Vortrag ist musikalisch fest und korrekt, aus ihm fühlt man impulsives Empfinden und warmblütige Teilnahme heraus. Auch die Darstellung war äußerst temperamentvoll und so vereinten sich denn all die hier angeführten künstlerischen Eigenschaften zu einer Totalität, die auf die Hörer einen sympathischen Eindruck hervorbrachte und dem Gaste deren Gunst erworb. Nach diesem Erfolge zu urteilen dürfen wir von dem Sänger noch manche gute künstlerische Probe seines Könnens erwarten. Von der alten Beziehung in besonders die "Mimi" der Frau Warmer-Sperger hervorzuheben, die sehr gut bei Stimme war und frischer denn sonst sang, wie auch verständnisvoll spielte. Auch die drei anderen Künstler des Quartier latin in Paris, vertreten durch die Herren Gorlow, Keller, Nohra, sowie Jel. Terce und Herr Schüller wirkten hingebend mit der an musikalischer Detailarbeit und an Stimmungen reichen Oper unter unseres Herrn Lorenz feuriger Leitung zu einem ausgeszeichneten künstlerisch durchaus abgerundeten und ausgewogenen Verlauf zu verhelfen. Das gut besuchte Haus ließ es an Beifall keineswegs fehlen. v. St.

Es interessiert Sie vielleicht, zu hören,
Es freut mich, daß Sie in so lebhafter Weise Ihre Zustimmung geben.

Was Bassermann geschrieben hat:

Der Vorschlag der Konservativen überzeugt, daß die nationalliberale Partei nahezu überall, so auch in Baden, im Kampf mit der Sozialdemokratie einerseits und im Kampf mit dem Zentrum andererseits steht. Ein Aufgaben dieser beiden Kampfstellungen ist aus nationalen, liberalen und Gründen der Selbstverhaltung der Partei, die eine Notwendigkeit für unser Vaterland ist. (Beifall.)

Aber unser Parteichef Bassermann ist mit unserem Vorschlag vollständig einverstanden und daß wir diese Frage für mich erledigt sein. Ich stelle also fest, daß der Beschuß des Engeren Ausschusses die volle, einmütige Zustimmung der Landesversammlung gefunden hat, nicht bloß mit der Abstimmung, sondern auch mit der Begründung, die dahin geht, daß es zum Wohl der national-liberalen Partei gehört, gegen das Zentrum und den Zentrumgeist zu kämpfen und daß die Partei sich selbst aufgabe, wenn sie sich von diesem Standpunkt entfernt. (Lebhafte Beifall mit Händeklatschen.)

Redner betrifft jodann den Fall Arnsperger, wobei er zwar Bewahrung einlegt, aber doch auch den Minister Freiherrn von Bodman gegen die Angriffe von Seiten der Linken, die daraus politisches Kapital zu schlagen hoffen, in Schuß nimmt. Den Linksliberalen werden noch einige schlechte Blodfreundlichkeiten gewidmet. Dann geht Reiner über zu unseren Freunden.

Die Konservativen in Baden, ich brauche nicht mehr viel zu sagen, sind heute in folchem Maße mit dem Zentrum verbunden, daß mit ihnen ein Zusammensein ausgeblieben ist und wir sehen, daß das Schicksal erleidet, das die demagogisch aufgepeitschte Menge erwartet muß. Die Aufpeitschung ist erfolgt durch den Trotzen Bündlertum, der durch eine markante Persönlichkeit in weitem Umfang das politische Leben vergiftet. In Amtelingen haben Bündler vor wenigen Tagen mit den Sozialdemokraten die Liberalen vom Rathaus heruntergeworfen. Diese Heuchelei, die von Zentrumsseite Jahrzehnte gelebt worden ist, daß von Zentrumsseite niemals etwas gerechtes geschehen sei. (Reibmann sagt hier glatt die Unwahrheit. D.R.) Die Konservativen scheiden für uns aus, einmal wegen ihres Zusammenseins mit dem Zentrum, dann wegen des veränderten Charakters durch das Auftreten des Bündlertums.

Nun zu unseren lieben alten Freunden vom Zentrum!

Die Grundstimming ihm gegenüber ist in der Hauptstadt schon gegeben. Es bleibt mir nur noch übrig, darauf hinzuweisen, daß die heutigen Zeitschäfte für das Zentrum nicht günstig sind. Es hat so viel Schwieriges an sich erlebt, daß es Tag für Tag noch daran zu verdauen hat. Und diese Verbindung ist es in der Form aus, anders wie andere Beziehen, daß es sich nicht wie ein fatter Bürger aufsetzt, sondern daß es mit aller Kraft auf die anderen losläuft. Was haben wir in verfälschter Form über uns ergeben lassen müssen? Die Abteilung nach außen, mit der die Zentrumpartei über innere Schäden hinwegzutun sucht, wir wollen diese erregte Tätigkeit nicht besonders tragisch nehmen, sondern auf ihre wirklich bewegenden Gründe zurückführen. Die Abhöfe, daß es uns alle als Blodbrüder in den tiefsten Abgrund hineinbefordern will. Zum Fall Arnsperger hat die "Germania" geschrieben: Es dürfe nicht das Ende sein, es müßten noch zwei andere hinterher, das andere ist, daß es nun offenkundig an den Tag kommt, was die Zentrumpartei selbst über ihren Charakter denkt. Es ist auf dem letzten Katholikentag, nicht in diesem, sondern im vorhergehenden Jahre, in den höchsten Tönen proklamiert worden, das Zentrum sei eine politische Partei. Jetzt sieht man in einem Teil der Zentrumsblätter: Za keine Definition über das Zentrum. Die anderen geben aber keine Rübe und treiben daran, das in der Tat, wenn auch nicht im Wort der konfessionellen Charakter des Zentrums unterstrichen und durchgeführt werden soll. Das ist des Budels Kern, der in den letzten Wochen durch die Zentrumpartei und einen Teil der liberalen Presse ging, die von Zentrumsleuten mit Vorliebe aufgesucht wird, wobei wir erleben, daß Geistliche sich flüchten in die "Bad. Landeszeitung". Der Streit ist deshalb tief; er geht an die letzten Wurzeln der Eritten der Zentrumpartei, die unmittelbar mit Fragen religiöser und religiös-praktischer Art und freisinnlichen Fragen zusammenhängen. Und dafür hat das gegenwärtige Oberhaupt der katholischen Kirche gesorgt, daß diese Fragen nicht aus der Diskussion verschwinden. Es war zuerst das ihnen ungeheurende, die Vorromäus-Enzyklika, und nun kommen die Kämpfe gegen die Modernisten, wo der leste Funke selbständiger freitheitlicher Denkmals mit aller Gewalt aus der Geistlichkeit herausgetrieben wird. Jetzt lesen wir, daß da und dort die Geistlichen den feierlichen Eid zu leisten haben, in dem sie auf selbständiges Denken verzichten, daß in den Seminarien verboten wird, Zeitungen zu lesen, und es wird noch soweit kommen, daß überhaupt verboten wird, Gedrucktes zu lesen. Wir wissen, daß das ein schwerer Stoß sein wird in das Herz jener Partei hinein. Wer hündigt gegen das Recht im Menschen, gegen den Geist, der alles vorwärts führt, auf religiösem Gebiet, in der Wissenschaft, wo der Geist erweitert wird, darüber alle Ideen und alle, alle Fortschrittsbewegung. Der Tod, der eintritt, vernichtet die Keime, die noch vom Leben sind. Das sind schwere Zeiten, die über das Zentrum und den Ultra-montanismus hereingebrochen sind.

Das ist klar: Das Zentrum ist eine durch und durch reaktionäre Partei. Dass die Partei, die kämpft für die Wahrheit und den Kampf gegen den Modernismus, gegen das selbständige Denken führt, die es duldet, daß die katholischen Geistlichen der Sicherheit ihrer Existenz beraubt werden — das ist geschehen —, das sind schwere Dinge, die nicht ohne politische Folgen bleiben werden — unserer Ansicht nach. Untere Sache wird sein, zu beobachten und dem Prozeß, der mit Naturnotwendigkeit eintreten muß, zuzuschauen. Endlich noch einige Worte über

die Sozialdemokraten!

Man hat uns vorgeworfen, wir seien Sozialdemokraten geworden. Das ist ungefähr so wahr, wie man den Revisionisten in Magdeburg vorgeworfen hat, sie seien nationalliberal geworden. Sie haben gehörte, daß wir mit der Demokratie sowohl zusammengehen können, daß noch Unterschiede vorhanden sind. Daselbe ist auch bei der Sozialdemokratie der Fall. Sie ist für uns die Partei der Klassegegenseitigkeit und wir haben Schwierigkeiten, ihr auszuzeigen. Sie hat durch ihre demagogische Art der politischen Arbeit das Leben vergiftet, wie sie ihre Anhänger erfüllt mit Hass gegen das, was uns heilig ist, gegen den Staat und das Vaterland. Sie ist republikanisch geprägt. Das ist Sache der innersten Überzeugung jedes einzelnen, aber sie sollen doch sehen, was für den Arbeitervorstand in dem demokratischen und republikanischen und in monarchischen Staaten geschehen ist. Sie sind freihändlerisch — eine theoretisch ausgebildete Spekulation, die darauf hinausläuft, billiges Brot zu schaffen. Wenn aber das Brot noch so billig ist und der Arbeiter kein Geld hat, um es zu bezahlen, so brächte ihn das in Verlegenheit. Die Existenz unserer Industrie ist mit dem Schutzoll wesentlich verknüpft. Der Freihandel ist ein billiges Agitationsmittel. Endlich nennt sie sich international. Zu hervorragender Begeisterung kommt das Wort: Proletariat aller Länder vereint euch! und die Pflege der Meinung, daß es von ihnen abhängt, der Welt ihre Gesetze zu diktionieren. An allen Ecken steht sich der herausfordernde Gedanke wind. Wo etwas erreicht wird, ist es auf nationalem Boden geschehen. Und so wollen wir diese Partei, die unsere entstehende Feindin ist, auch die richtige Bewertung angewiesen lassen: keine Unterdrückung, aber auch keine Überdrückung. Man hat ihr in letzter Zeit 120 bis 150 Mandate vorgerechnet. Ich glaube das nicht, bis ich sie sehe. Redner hofft, daß Magdeburg, Roabt und der französische Eisenbahnerstreik das verhindern werden und manche zur Bekämpfung bringen, der früher einen roten Stimmzettel abgegeben hat.

Dann stehen wir gegenüber mit dem festen.

Willen zur Einigkeit, auf der Bahn zu fahren, die Bassermann gezeigt hat. Treu zu Kaiser und Reich, zu unserem Führer und zur Heimat unverbrüchlich treu in guten und noch mehr in bösen Tagen.

An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, die in der Hauptstadt die Zustimmung zu Rebmanns Ausführungen ergab. Nur ein Delegierter, Dr. Oesterhelder, meinte, die Abstimmung der Konservativen hätte in konzilianter Form geschehen sollen. Er schlägt demgemäß eine Resolution vor, mit der er begreift, in Heidelberg, Wiesloch konservative Stimmen zu sammeln. Er beruft sich in seinen Ausführungen sogar auf das menschliche natürliche Empfinden, das durch das unpopuläre Vorgehen abgestoßen werde. Er kam aber damit schlecht an. Von allen Seiten wurde ihm widersprochen. Seine Ausführungen waren von großer Unruhe begleitet. Schließlich erklärte Dr. Oesterhelder, die Antwort an die Konservativen sei Sache des Engeren Ausschusses.

Nach einer Pause wurden unter Ausschluss der Debatte die Organisationsfragen verhandelt.

Deutschland.

Berlin, 14. November 1910.

* * * * * Die Herren vom Magistrat in Nürnberg fühlen sich, wie der Hund in Marx und Moritz, schuldenvoll. Bekanntlich haben die katholischen Geistlichen Nürnbergs sich beklagt, daß in Nürnberg die Toleranz so groß sei, daß ein Geistlicher sich auf der Straße meist allerlei Anhälften ausgesetzt sieht. Dies war jetzt insbesondere mit Bezug auf die sozialdemokratischen Arbeiter. Nun hat der Magistrat sich sofort zum Verteidiger des angeklagten Teils aufgeworfen und bringt es fertig, die Schulden auf die andere Seite zu schieben. Das ist ein Meisterstück.

In der Nürnberger Magistratsbildung wurde nun laut "R. R. R." festgestellt, daß nach den eingehenden Erhebungen nur bekannt sei, daß drei Personen, die infolge der Angaben der Zentrumsprese wegen angeblicher Verpotzung der katholischen Kirche anlässlich des Festzuges des Arbeitertags angeklagt waren, vom Gericht freigesprochen wurden. Außerdem sei der Prozeß gegen die Geistlichen verurteilt worden. Eine andere Person, die ebenfalls wegen Beleidigung eines Geistlichen angeklagt war, wurde vom Gericht freigesprochen. Richtig sei, daß einige Geistliche eingeworfen wurden, die Täter aber nicht ermittelt werden konnten. Begehrter vereinigter Hölle dürfte man aber doch nicht eine Volksgemeinschaft eintreten lassen, und es müßte entsprechend Verhaftung eingezogen werden, daß der Nürnberger Bevölkerung eine Verbüßung zur Last gelegt werde. Im Gegenteil sei zu bemerken, daß das Zentrum die Zentrumsblätter, die Nürnberger Volkszeitung, seit seinem Bestehen religiöse Angelegenheiten in leidenschaftlicher Weise besprechen und der Nürnberger Bevölkerung namentlich einem Teile, in der verdeckten Weise Vorwürfe mache, die leicht erregbare Personen zu unüberlegten Handlungen veranlassen könnten. Von jeher sei der sozialistische Friede in Nürnberg in musterhafter Weise gehandhabt worden, und er könne auch fortwährend, wenn die gute Wille auf gewisser Seite dazu vorhanden wäre.

Merkt der Nürnberger Magistrat nicht, wie er sich lächerlich macht? Die Herren vom Rat wissen natürlich am besten, wie die Geistlichen in den Straßen Nürnbergs behandelt werden und wer daran schuld ist. Dadurch, daß der Magistrat der katholischen Seite zurüst, die sollte sich mehr drehen als bisher, zeigt er nur, daß Geister sind er jetzt nicht mehr drehen als bisher ist. Das sieht dem intoleranten Nürnberger Geist ganz gleich! Schade für das schöne Nürnberg!

Ausland.

Amerika.

— Revolution in Honduras. Der Präsident von Honduras, Dávila, gibt bekannt, daß von den 108 Männer, die der Führer der Revolutionäre, General Valadares, vorgestellt gegen die Regierung abgesandt hatte und die bei El Aceituno gelandet waren, siebzig deportiert sind und sich sofort mit den Regierungstruppen vereinigt haben. Der Präsident ergab sich. Die Deportierten erklären, Valadares habe zweihundert Mann und beabsichtigt einen sofortigen Vorstoß gegen die Regierung.

Spanien.

— Antimonarchie. In der Sammlungssitzung der Kammer erklärte der Sozialist für die "Gesellschaft", die Sozialisten hätten sich mit den Republikanern geeinigt, besonders zu dem Zweck, um die Monarchie zu stürzen.

Baden.

Karlsruhe, 14. November 1910.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Alsfeldischer Staatsministerialentschließung gnädig geruht, den Amtsrichter Hugo Eicher in Tauberbischofsheim in gleicher Eigenschaft nach Oberkirch zu versetzen und den Gerichtsbaumeister Dr. Franz Graf aus Sasbach zum Amtsrichter in Tauberbischofsheim zu ernennen.

Mit Entschließung Groß, Ministeriums des Inneren wurde Amtsrichter Hans Höß beim Bezirksamtmann Heidelberg statmäßig angestellt, Hauptlehrer Theodor Bingerl an der Volksschule in Gaggenau als Hauptlehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule derselbe angestellt und Revierlehrer Julius Schweizer in Schwenningen dem Bezirksamtmann Breisach zur Aussöhnung beigegeben.

Die Zoll und Steuerdirektion hat dem Steuerkontrolleur Sylvester Weiß in Stodt unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Zollverwalter" die Stelle eines Vorstellers beim Nebenzollamt I Schuttertal, dem Hauptamtsleiteramt, übertragen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Hauptamtsleiteramt Heidelberg in Tauberbischofsheim die Stelle eines Vorstellers beim Hauptamtsleiteramt Konstanz unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" übertragen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Hauptamtsleiteramt Offenburg in Offenburg unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" zum Hauptamtsleiteramt Konstanz unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" übertragen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Hauptamtsleiteramt Konstanz unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" zum Hauptamtsleiteramt Stodt übertragen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Hauptamtsleiteramt Konstanz unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" zum Hauptamtsleiteramt Offenburg übertragen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Hauptamtsleiteramt Offenburg unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" zum Hauptamtsleiteramt Konstanz übertragen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Hauptamtsleiteramt Konstanz unter Verleihung der Amtesbezeichnung "Hauptamtsleiter" zum Hauptamtsleiteramt Stodt übertragen.

Soll wirklich die Frage des "Parlamentarismus" zur Diskussion gestellt werden?

Nach demokratischen Berichten hat Pfarrer Korell in seiner Verhandlungssrede in Freiburg i. Br. gefragt:

"Im Mittelpunkt des nächsten Reichstags steht die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts und der Ausbau des Parlamentarismus."

Wir glauben weder daß eine noch das andere. Niemand wird an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln wagen. Auch wird niemand es unternehmen wollen, für Einführung der parlamentarischen Regierung einzureisen.

Die "Bad. Ldsztg." zitiert angebliche Neuerscheinungen eines polnischen Blattes und bemerkt ihrerseits dazu:

"So sprechen die Freunde und Bundesgenossen der Partei, die sich über ein Bündnis mit der Sozialdemokratie zu entzweit haben, die Abstimmung des allgemeinen Wahlrechts und der Ausbau des Parlamentarismus eine "umsturzlerische" Tendenz. Hätten wir einmal den "parlamentarischen" Kaiser oder Großherzog, so hätten wir eben damit die Brücke zur Republik Ablehnung.

Die "Bad. Ldsztg." zitiert angebliche Neuerscheinungen eines polnischen Blattes und bemerkt ihrerseits dazu:

"Umsturzlerische" Tendenz ist. Hätten wir einmal den "parlamentarischen" Kaiser oder Großherzog, so hätten wir eben damit die Brücke zur Republik Ablehnung.

Die "Bad. Ldsztg." zitiert angebliche Neuerscheinungen eines polnischen Blattes und bemerkt ihrerseits dazu:

"Umsturzlerische" Tendenz ist. Hätten wir einmal den "parlamentarischen" Kaiser oder Großherzog, so hätten wir eben damit die Brücke zur Republik Ablehnung.

Die "Bad. Ldsztg." zitiert angebliche Neuerscheinungen eines polnischen Blattes und bemerkt ihrerseits dazu:

bekommen, wenn man die Verhandlungen sorgfältig und genau liest und überdenkt.

Ich kann mir den Fall denken, daß von den vielen Priestern einer so großen Erzbistüme das oder dort einer glaubt, es sei ihm Unrecht widerfahren oder zu wenig Rücksicht erwiesen worden. Ich kann mir auch den Fall denken, daß sich einer mit dem durch das kanonische Recht ihm gebotenen Mitteln dagegen wehrt. Dagegen kann ich mir den Fall nicht denken, daß einer mit dem Gifmittel anonyme Verdächtigungssatze seinem Bischof zu dikterieren sucht und dabei "ein bejegtes Priesterherz" sich bewahrt hat. Ein "bejegtes Priesterherz" drängt in einem solchen Falle zu ganz anderem Verhalten.

Es gehört dem Gebiet der Heuchelei und anderer wider schöner Dinge an, wenn behauptet wird, daß der fragliche Artikel "nichts anderes wollte, als derartige Fällen für die Zukunft zu verhindern".

Gegenüber den Vereinungsversuchen von "Schneiders" und "Hessjägern auf Wacker's Kommando" erinnere daran, daß der katholische Geistliche, der sich zur "Babistischen Landeszeitung" verzerrt hat, sein Heraustreten aus der Anonymität anführte und dabei sehr seltene Worte sich bediente.

"Babian! löse er dieses sein Wort ein! Warte er nicht, bis vielleicht jemand anderer ihn bei Namen nennt."

Th. W.

Die Landesversammlung der Nationalliberalen brachte nichts Neues für die Politik. Die alten Phrasen in neuer Form, mit neuer Ablenkung und neuen Beleidigungen des Gegners. Die Abteilung der Sammlungspolitik gegenüber dem Reichskanzler der babischen Regierung und zuletzt auch gegenüber den Konservativen überrascht nach Kaiser und den folgenden politischen Diskussionen nicht mehr. Bemerkenswert ist nur das offene Bekennen des neuen Parteichefs Nebmann, daß der unverhönlische Zentrumshof zum Wesen der nationalliberalen Partei gehört. Schlimmstes wäre es für die Partei, wenn sie mit dem Zentrum zusammen gehen wollte. Bekanntlich gibt es auch Nationalsoziale, die die Großschulpolitik als Schlimmstes für die Partei ansiehen. Wir wollen uns nicht in die häuslichen Angelegenheiten der Nationalliberalen mischen. Uns kann es gleich sein ob sich die Nationalliberalen am schwarzen oder am roten Strich aufzuhalten wollen. Auf Einzelheiten wird man noch zurückkommen müssen, hervorheben wollen wir nur noch, daß es ohne die alten Hoffnungen der Nationalliberalen auf das "Vor dem Nom" nicht abging. Wir verweisen auf die Ausführungen Stresemanns und Nebmanns im referierenden Bericht. Von dieser Krankheit — in unseren Kreisen sieht man sie als eine Borniertheit an — wird die nationallibrale Partei nie genesen. Das beweisen auch die Worte Oberrichter, der den Bankdirektor Stresemann als einen "Redner von Gottesgnaden" bezeichnete.

Der Abg. Dr. Frank,

— so schreibt uns ein Mitglied der Schulkommission der zweiten Kammer, erklärt lt. "Bolzstimmung" auf den ihm gemachten Vorwurf, er habe in Magdeburg bezüglich eines Antrags auf Befreiung des Religionsunterrichts eine Unwahrheit beobachtet, u. a. Folgendes: Der Schulkommission des Landtags gehören die Geistlichen Geiß und Beckold an. Diese berichteten in einer Fraktionssitzung, daß sie in der Kommission den Antrag gestellt hätten, den Religionsunterricht als offiziellen Lehrgegenstand vollständig zu besetzen. Sie blieben mit ihrem Antrag in der Minderheit. . . . Das ist die Wahrheit!

Nein verbirgt Herr Dr. Frank, das ist eben nicht die Wahrheit; im Gegenteil: beide Behauptungen sind nicht wahr! Die sozialdemokratischen Mitglieder der Schulkommission haben keinen derartigen Antrag gestellt. Also konnte auch keine Abstimmung stattfinden und es konnten die Sozialdemokraten auch nicht mit ihrem Antrag in der Minderheit bleiben. Wir glauben, es wäre dem Abg. Dr. Frank ein leichtes gewesen, sich bei einem seiner "Gesessen" über diese Angelegenheit näher zu informieren.

Ganz richtig ist, was der "Bab. Bob." heute schreibt, daß die Preß sich mit der fraglichen Sache seinerzeit beschäftigt hätte. Der Berichterstatter, der die Berichte über die Verhandlungen in der Schulkommission in die liberalen Zeitungen lieferne, hätte gewiß davon Notiz genommen.

Das einzige, was geschehen ist — es war Dienstag,

den 19. April 1910 — daß der sozialdemokratische Abg. Bob bei Beratung des § 20, der von den Unterrichtsgegenständen handelt, ganz nebenbei eine kurze Bemerkung machte, sie die Sozialdemokraten stünden auf dem Standpunkte der Trennung von Staat und Kirche. Das war aber auch alles. Ein diesbezüglicher Antrag wurde aber weder in der Kommission, noch im Plenum gestellt. — Das ist die Wahrheit, Herr Dr. Frank!

Wenn die sozialdemokratischen Schulkommissionmitglieder in der sozialdemokratischen Fraktionssitzung in gleicher Weise so berichtetet, wie Dr. Frank sagte, so haben sie einen Unwahrschreier vertrieben. Nun hatten also die drei sozialdemokratischen Schulkommissionmitglieder das Wort.

Kleine badische Chronik.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlichte die Bedingungen, unter denen französisches Vieh nach den Schlachthöfen Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg eingeführt werden darf. Unter anderem wird bekannt: Wer Kinder und Schweine aus Frankreich einführt will, hat spätestens 5 Tage vorher bei der Direktion des Schlach- und Viehhofes in Karlsruhe, oder Mannheim oder Heidelberg unter Angabe der Stückzahl, des Einführungsorts und der Grenzangangsstelle anzufragen, ob die Zulassung nach Maßgabe des Bodenanteils gestattet werden könnte. Die Schlachthofdirektionen haben diese Anfragen umgehend auf Kosten des Fragestellers zu beantworten und den Grenztarifarzt der Einfuhrstellen von der erzielten Einführungserlaubnis fortlaufend zu bestätigen. Transporte, für welche keine Einführungserlaubnis werden kann, sind vom Grenztarifarzt zurückzuweisen. Der Einführende hat zwei und eine halbe Stunde der Ankunft der Tiere an der Grenzkontrollstelle dem Grenztarifarzt 24 Stunden vorher anzumelden. Bei der Einführung ist ein Viehpach beizubringen und dem Grenztarifarzt vorzulegen. Der Viehpach muß ein Ursprungzeugnis und eine Gesundheitsbescheinigung enthalten.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Auf Anregung des Zentralausschusses des Vogesenverbands hat der Groß-Oberstaatsrat durch ein besonderes Rundschreiben die Direktionen der höheren Lehranstalten gebeten, die Schüler der oberen Klassen auf das Vorhandensein der sogenannten Studienberbergen in den Vogesen und den benachbarten Gebieten aufzufallen. Diese Anregung ist in "Straß. Post" deshalb enthalten, weil die Schüler der oberen Klassen der höheren

Lehranstalten im Gegenfahrt zu den Gebieten anderer Gebräusvereine bisher einen verhältnismäßig geringen Gebrauch davon gemacht haben. — Die neue Einrichtung des kleinen Rathauses wurde auf der Brüsseler Weltausstellung preisgekrönt. — Das Ministerium des Innern hat den Entwurf einer Verordnung betr. die Einrichtung und den Betrieb von Schlachtereien und den Betrieben mit Fleisch ausgearbeitet. Die Städte und Handwerkskammern sollen tatsächlich gehöret werden. — Der Vorstand des Vereins der bairischen Finanzbeamten hat in der Titelfrage eine erneute Eingabe an das Groß-Schulministerium gerichtet.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Tauberbischofsheim, 13. Nov. Die Oekonomiegebäude des Landwirts Anton Mayer wurden durch Feuer zerstört. Große Verluste sind vernichtet. Der Schaden beträgt fast 6000 M.

Am Pforzheim, 13. Nov. Der Dachdeckergehilfe Wittmann starb am Krankenhaus zu Brüglingen ab und war sofort tot.

Am Todtnauberg, 11. Nov. Statt der Martinsgasse kam heute die Schneegang angesogen. Auf den Flügeln des Windes stürmte sie mächtig dahin und schüttete ihre schneeweisse Pracht über Wald und Feld. Während der erste Schneefall, der vor einigen Tagen fiel, von einem warmen Hahn rasch weggeschmolzen wurde, verspricht die heutige Schneedecke eine längere Dauer. Einige freuen sich darüber, andere wieder wünschen den Schnee ins Bieferland und so sieht man den Winter „mit gemischten Gefühlen“ entgegen.

Am Markgräflerland, 13. Nov. Der Aussall der Wintersonne wird auf $\frac{1}{4}$ Millionen berechnet.

Am Badenweiler, 13. Nov. Die Großherzoglichen Herrschaften sind zu längerem Aufenthalt in Schloß Badenweiler eingetroffen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Abschafft des Kaisers von Baden-Baden.

Am Baden-Baden, 12. Nov. Die Abschafft des Kaisers nach Donaueschingen erfolgte heute vormittag 9 Uhr 20 Min. Der Kaiser, Großherzogin Luise und das Großherzogspaar fuhren in geschlossenen Wagen zum Bahnhof. In der Kaiserallee bildete die Schuljugend Spalier. Am Bahnhof hatte sich ein zahlreiches Publikum versammelt, welches beim Heraufkommen der Wagen in Hurraufe ausbrach. Der Abschied gestaltete sich sehr herzlich. Der Kaiser, der Jagduniform trug, unterhielt sich lebhaft mit dem Großherzog. Unter den Hochruften der Menge verließ der Kaiserliche Sonderzug den Bahnhof. — Prinz und Prinzessin Max trafen gestern abend hier ein und nahmen im „Rheinischen Hof“ Wohnung. Die Herrschaften statteten dem Kaiser im Schloß einen Besuch ab und nahmen auch an der Familientafel teil.

Am Donaueschingen, 12. Nov. Der Kaiser ist um 12 Uhr 35 Min. mittels Sonderzuges in Donaueschingen eingetroffen. Am Bahnhof war der Fürst zu Fürstenberg, ebenfalls in Jagduniform, erschienen; ferner der Landeskommisar Heinrich Straub von Konstanz, der Generalmajor der Infanterie von Konstanz Graf Henning, Bürgermeister Schön von Donaueschingen u. a. Unter den Gästen des Fürsten hatten sich der Prinz Gottfried von Hohenlohe, der Graf Almeida und Graf Bismarck eingefunden. Die Vereine und die Schuljugend bildeten Spalier. Die Fahrt ging durch den Park nach dem Schloß, wo das Jagdperial aufgestellt war und den Kaiser mit Jagdfackeln begrüßte. Am Schloßportal wurde der Kaiser von dem Fürsten und den beiden Prinzen empfangen. Morgen gefiehrt der Kaiser am Gottesdienst in der evangelischen Kirche teilzunehmen. Das Weiter war am Morgen trüb, hellte sich später aber auf.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Kaiser.

Am Donaueschingen, 13. Nov. Der Kaiser und der Fürst zu Fürstenberg nebst Gefolge nahmen heute vormittag am Gottesdienst in der evangelischen Kirche teil. Daranternahmen die hohen Herrschaften eine Rundfahrt durch die Teile der Stadt, die nach dem großen Brand neu aufgebaut und im wesentlichen fertig sind. Die neuen Straßen sind durchgehend in sehr gefälligem Stil gehalten und machen einen überaus freundlichen Eindruck. Das Wetter ist schön. Prinz Karl Emil zu Fürstenberg, der Bruder des Fürsten, ist hier eingetroffen.

Lokales.

Am Karlsruhe, 14. November 1910.

Am dem Hofvortrag. Der Kaiser reiste am Samstagvormittag 9 Uhr 20 Min. von Baden nach Donaueschingen. Der Großherzog mit der Großherzogin und der Großherzogin Luisa gaben Alterhöchstes das Geleite zum Bahnhof.

Der Großherzog und die Großherzogin fuhren abends 6 Uhr 20 Min. von Baden nach Badenweiler.

Zentrumssitzung. Freitag, 18. November, findet Abends halb 9 Uhr im Eintrachthaus große Zentrumssitzung statt, bei welcher der Zentrumsführer Geistlicher Rat Wacker sprechen wird. Nähere Angaben folgen.

* * * Katholischer Männerverein der Südstadt. Mit Wiederholung auf dem Zentrumsvortrag in Offenburg am 12. d. M. findet unsere Vereinsversammlung erst Dienstag, den 15. d. M. statt. Um Einführung der Familienangehörigen und von Freunden unserer Sache wird erfreut (Siehe Inserat).

St. A. Einwohnerzahl. Ende Oktober hatte unsere Stadt 140 437 Einwohner.

Am Neidensteiner Theater. Im ersten Programm dieses Theaters sind die Dramen "Königliche Ehre" und "Der Große" wieder besonders ausdrücklich, roßvormärts schreitende Handlung und stimmungsvolle Ausstattung. Weiter ist Gelegenheit geboten, die Lebensgeschichte des Werkes "Trovatore" zu verfolgen. Große Heiterkeit erzeugen die humoristischen Filmen "Der Baron auf Freierjagd", "Inferno", "Freund Neute und ich", "Der durchgegangene Student" und "Der geheimnisvolle Briefkasten". Weiter kommen noch zur Vorführung eine begeisterte Aufführung des Zarenbüchs in Potsdam und die aktuellen Ereignisse der Woche. Große Zugfeste über auch die Vorträge des Sängerkönigs Caruso auf dem Autophon aus. Wer ist eine vergnügte Stunde bereitwillig, ber gehe ins Neidensteiner Theater, wo er Unterhaltung in reichem Maße findet.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Auf Anregung des Zentral-

auschusses des Vogesenverbands wurde auf der Brüsseler Weltausstellung preisgekrönt. — Das Ministerium des Innern hat den Entwurf einer Verordnung betr. die Einrichtung und den Betrieb von Schlachtereien und den Betrieben mit Fleisch ausgearbeitet. Die Städte und Handwerkskammern sollen tatsächlich gehöret werden. — Der Vorstand des Vereins der bairischen Finanzbeamten hat in der Titelfrage eine erneute Eingabe an das Groß-Schulministerium gerichtet.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der Versorgung der Volksnahrung entgegengewirkt werden. Der Frauenverein ist bereit, Haushaltstegerinnerin für den bestehenden Zweck zur Verfügung zu stellen. Die hiesige Stadtverwaltung räumt den gedachten Zweck einer Spülstraße ungern ein und bewilligte das für das laufende Jahr einen entsprechenden Beitrag. Das Unternehmen des Frauenvereins ist jedoch zu begrüßen.

Am Karlsruhe, 13. Nov. Der Bad. Frauenverein beabsichtigt, auf Anregung der Großherzogin Luisa Hochzeit für Arbeitersfrauen einzurichten, damit diese befähigt werden sollen, durch größere Ausübung der Nahrungsmittel auf billige Weise nutzbar zu machen. Durch diese Maßnahme soll überwiegend in der gegenwärtigen Zeit der Geschäftsnachfrage der

